

**Redebeitrag SFR, Demo gegen
die Innenministerkonferenz,
26.11.2016:**



Liebe Freundinnen und Freunde

Das Motto der heutigen Demonstration lautet: Grenzen überwinden – PKK-Verbot aufheben.

Auch der Saarländische Flüchtlingsrat setzt sich dafür ein, dass das undemokratische PKK-Verbot in Deutschland endlich aufgehoben wird. Es ist eine Schande, dass seit 1993 politisch aktive Kurdinnen und Kurden mittels PKK-Verbot kriminalisiert und ausgegrenzt werden.

Für den Saarländischen Flüchtlingsrat ist es nicht hinnehmbar, dass im Saarland Kurdinnen und Kurden die Einbürgerung verwehrt oder die Aufenthaltserlaubnis nicht verlängert wird, nur weil man sich an Vereinsaktivitäten und an politischen Aktionen beteiligt hat, die vom Saarländischen Innenministerium als PKK-Aktivitäten eingestuft werden.

Es ist auch nicht hinnehmbar, dass der saarländische Verfassungsschutz permanent versucht, Menschen aus dem Zusammenhang des kurdischen Gesellschaftszentrums als Spitzel anzuwerben.

Und es ist schlussendlich ebenfalls nicht hinnehmbar, dass es quer durch die Bundesrepublik Ermittlungsverfahren, Strafprozesse und deswegen bis heute politische Gefangene in deutschen Gefängnissen gibt.

Um es klar zu sagen: Das PKK-Verbot gehört ersatzlos gestrichen.

Es werden weder die Demokratiebewegung in der Türkei noch die Friedensbemühungen der PKK zur Kenntnis genommen.

Deswegen: Dialog statt Verbot und Repression.

Das PKK-Verbot ist heute auch ein Ausdruck für die Komplizenschaft mit dem Erdogan-Regime. Die Türkei ist auf dem Weg in eine islamistisch geprägte Diktatur. Wer sich Erdogan nicht unterwirft, wird weggeräumt.

Auch deswegen sagen wir: Weg mit dem PKK-Verbot.

Die Zukunft darf nicht Erdogan gehören, sondern einer freien Gesellschaft, die sich an Menschenrechte, Feminismus und Säkularismus orientiert.

Kommen wir zum zweiten Motto dieser Demonstration: Grenzen überwinden.

Letztes Jahr haben wir alle den überaus erfolgreichen „Sommer der Migration“ erlebt. Als Hunderttausende die Festung Europa überwunden hatten, war dies ein starkes Zeichen für Freiheit und Selbstbestimmung.

Wir sagen: Jeder Mensch hat das Recht, sich dem Elend, dem Wahnsinn oder der Perspektivlosigkeit zu entziehen. Und jeder Mensch hat das Recht auf ein besseres Leben.

Nicht nur für Rechtspopulisten und Neonazis war der „Sommer der Migration“ eine Niederlage. Auch die Bundesrepublik und die EU haben darauf reagiert: Schritt für Schritt wurde die Balkanroute geschlossen und der EU-Türkei-Deal unter Dach und Fach gebracht.

Innenpolitisch wurden die Asylgesetze sukzessive verschärft.

Ein Beispiel dafür ist die Wohnsitzauflage. Sie soll bewirken, dass sich auch anerkannte Flüchtlinge dort aufhalten, (und jetzt kommt ein Zitat von Thomas de Maiziere) *„wo wir das als Staat für richtig halten, und nicht, wo das der Flüchtling für richtig hält.“* Anders gesagt: Für den Deutschen Freizügigkeit und den Flüchtlingen sagt der Staat, wo es langgeht.

Willkommenskultur war gestern. Heute geht es wieder um Begrenzung und Kontrolle der Zuwanderung. Hauptsache, weniger Flüchtlinge. Das Elend, das die Schließung der Balkanroute und der EU-Türkei-Pakt produzieren, wird dabei bewusst in Kauf genommen.

Diese Politik der geschlossenen Grenzen empört uns, genauso die bürokratische Gängelung der Flüchtlinge durch Lebensmittelpakete, wie im Lager Lebach, oder die Wohnsitzauflage. Das alles dürfen wir nicht hinnehmen. Dagegen müssen wir weiter mobil machen.

Die Reaktionen der Politik auf den „Sommer der Migration“ sind ein Offenbarungseid: Krisenmanagement statt Politik. Erbsenzählerei statt Menschenrechte. Um die geht es aber und um das Recht und die Freiheit über den eigenen Lebensweg selbst zu entscheiden.

In diesem Sinne: Grenzen überwinden. PKK-Verbot aufheben.